Thorner Zeitung

Gegründet anno 1760

Ostdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährl. bei Abholung von der Geschäfts- oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker u. Podgorz 3 00 Mk., monatl 1.00 Mk., frei ins Haus gebracht 3.50 Mk., monatl. 1.20 Mk., bei allen Postanstalten 3.60 Mk., monatl. 1,20 Mk., durch Briefstr. ins Haus gebr. 4 02 Mk.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstr. 11.
Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. = Fernsprecher Nr. 46.
Verantwortlicher Schriftleiter: Oskar Schmid in Thorn.
Für Anzeigen verantwortlich Martha Wendel in Thorn.
Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Ostd. Zeitung, G. m. b. H. Thorn,

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile oder deren Raum 25 Pf., für Stellengesuche u. -Angeb., An- u. Verkäufe, Wohnungsanzeigen 20 Pf., für Anzeigen mit Platzvorschrift 40 Pf. Reklamen die Kleinzeile 50 Pf. Anzeigen-Annahme für die abends erscheinende Nummer bis 10 Uhr vorm

Nr. 30 — Mittwoch, 5. Februar — 1919

Bromberger Tagesbericht.

Bromberg, 4. Februar. (Drahtnachricht). Amtlich. Ein Erkundungsvorstoß, der von Grüntal auf Exin angesetzt war, stieß bei Schmalbach, Elisewo und Gr. Suchorenz auf weit überlegene polnische Kräfte und kam nicht weiter zur Durchführung.

Zur Lage in Bremen.

Berlin, 3. Februar. (Drahtnachricht.) Die Verhältnisse in Bremen spitzen sich, wie die „Voss. Ztg." erfahren haben will, zu. Die Führer der Regierungstruppen bezeichnen die Lage bei weiterer Untätigkeit als unhaltbar, da Spartakisten ihre Vortruppen bereits angegriffen und einzelne Posten vor Bremen aufgehoben haben. Die Führer der Divisionen Lüttwitz und Gerstenberg richteten deshalb an Noske das Ersuchen, heute in Bremen einrücken und die Arbeiter entwaffnen zu dürfen. Beide hegten einhellig die Ueberzeugung, daß etwas geschehen müsse, da sonst nicht wieder gut zu machende Folgen zu befürchten seien.

Von der Friedenskonferenz

London, 3. Februar. (Drahtnachricht). Reuter berichtet über die Friedenskonferenz: Der Präsident der Vereinigten Staaten, die Ersten Minister und Minister des Aeußern der alliierten und assoziierten Mächte und die japanischen Vertreter hatten heute von 11 bis 1 Uhr eine Sitzung am Quai d'Orsay. Sie nahmen eine Erklärung von Venizelos über die Ansprüche Griechenlands entgegen. Die Besprechungen werden morgen fortgesetzt, nachher wird mit den tschecho-slowakischen Parteien verhandelt werden.

Hinrichtung russischer Großfürsten.

Amsterdam, 3. Februar. (Drahtnachricht). Nach einem hiesigen Blatte wird der Times aus Helsingfors berichtet: Nach einem in Paris veröffentlichten bolschewistischen Communique wurden auf Beschluß einer besonderen Kommission die Großfürsten Paul Alexandrowitsch (Onkel des Exzaren), Nicolaus Michailowitsch (Neffe des Exzaren), Dimitriew Constantinowitsch (Großneffe des Exzaren), Georg Michailowitsch (Bruder des Exzaren), Großfürst Alexander und die Gatten der Schwestern des Exzaren erschossen.

Die deutsch-böhmische Landesversammlung an die deutsche Nationalversammlung.

Wien, 3. Februar. (Drahtnachricht). Die deutsch-böhmische Landesversammlung beschloß einstimmig unter Heilrufen gemäß einem von sämtlichen Parteien gestellten Antrage an die deutsche Nationalversammlung folgendes Begrüßungstelegramm nach Weimar zu richten: Die durch die Gewalttätigkeit der Tschechen aus ihrer Heimat vertriebene und daher in Wien tagende deutsch-böhmische Landesversammlung entbietet der neu gewählten deutschen Landesversammlung in Weimar ihren innigen freundschaftlichen Gruß und gibt ihrer freudigen Genugtuung darüber Ausdruck, daß das deutsche Volk in der Zeit der größten Bedrängnis die Kraft und die Energie gefunden hat, sich eine legitime gesetzgebende Vertretung auf wahrhaft demokratischer Grundlage zu schaffen. Die heißesten Wünsche der deutsch-böhmischen Landesversammlung begleiten sie bei ihrem Werk, dem Aufbau der nationalen und wirtschaftlichen Zukunft unseres großen gemeinsamen Vaterlandes. Die deutsch-böhmische Landesversammlung hofft voll freudiger Zuversicht, daß in naher Zeit das Volk Deutsch-Oesterreichs, insbesondere Deutsch-Böhmens, mit seinen Brüdern im deutschen Reiche in einem großen einheitlichen nationalen Staate vereinigt wird, und daß bald seine Vertreter in der Nationalversammlung Deutschlands an den politischen und wirtschaftlichen Entwicklung des gemeinsamen deutschen Vaterlandes werktätig mitarbeiten werden.

Ein Eifersuchtsdrama in Mailand.

Berlin, 3. Februar. (Drahtnachricht.) In Mailand hat sich dem „Berl. Tagebl." zufolge eine Tragödie abgespielt, die in ganz Italien ungeheures Aufsehen hervorruft. Der früher auch in Deutschland sehr bekannte Professor der Frauenheilkunde an der Universität in Genua Luigi Bossi ist in seiner Mailänder Klinik von dem eifersüchtigen Gatten einer Patientin erschossen worden. Dann erschoß der Mörder, ein tunesischer Kaufmann, auch seine Frau und tötete zuletzt sich selbst.

Weimar.

Gute Hoffnungen des deutschen Volkes geleiten die Abgeordneten zur Nationalversammlung nach Weimar. Gewiß können Parlamentsbeschlüsse an sich nicht Wunder wirken, aber der Geist, der in Weimar politische Energie werden soll, muß Gegenwart und Zukunft verknüpfen, muß Tat und Opferwille sein im Dienst des unsterblichen deutschen Gedankens. Unsere Würde und Ehre sind in die Hand der Nationalversammlung gegeben, damit auch das Schicksal, das uns vielleicht für unabsehbare Zeiten geleitet. Nie war die Verantwortung einer gesetzgebenden Versammlung größer, denn ihr obliegt nicht nur die politische Auseinandersetzung mit dem Feinde, sondern auch die Schaffung der Staatsform, die das Sehnen und Verlangen des deutschen Volkes nach Einheit vollenden soll. Vielleicht sind unter den vielen neuen Abgeordneten schöpferische Persönlichkeiten, starke politische Talente, deren Führerwille über die Not der Stunde siegt. Wir brauchen überall neue Formen des öffentlichen Lebens, eine Neugestaltung des Parteiwesens, das seine Kraftquelle nicht mehr in engherzigen politischen Interessen sucht, sondern in Energien, die uns national und sozial zu neuen Ufern bringen. Das muß sich schon offenbaren, wenn die Nationalversammlung den Reichspräsidenten wählt, der kein Fraktionsabgott sein darf, sondern der Vertrauensmann des ganzen deutschen Volkes sein muß.

Und dies Volk sehnt sich nicht nur nach Einheit und Freiheit, es will auch Ordnung und Arbeit. Während der Feind vor den Toren steht, bieten wir den Völkern der Erde ein Schauspiel der Selbstzerfleischung. Es ist der vorläufigen Regierung nicht gelungen, die revolutionäre Energie einzudämmen, denn die kommunistischen Veitstänze die hier und da an uns vorbeirasen, sind die Folge schlaffer Zügelführung. Die Nationalversammlung kann diesen tollen Spuk zwar nicht durch Reden beseitigen, aber sie vermag ihn zu bannen, wenn sie und die Regierung in dem Willen sich zusammenfinden, nur an das Ganze und nicht an rebellische Teile zu denken. Das Kolbengestänge unserer noch immer gewaltigen Wirtschaftsmaschine ist mehr durch Arbeitsunlust, als durch bolschewistische Handlungen zerstört worden. Hier rächt sich die verhängnisvolle politische und sozialistische Erziehung der Massen, deren Urteilskraft nicht ausreicht, um zu erkennen, daß der Sozialismus an sich nicht die Pforte zur Glückseligkeit ist, daß er nicht wie Aladins Wunderlampe uns jeden irdischen Wunsch erfüllt, sondern nur dann zum Segen werden kann, wenn er die Arbeit zur eisernen Pflicht macht. Die Nationalversammlung muß das Gewissen schärfen, das Ehrgefühl und die Verantwortung zu Hebelgriffen gestalten, die unser öffentliches und wirtschaftliches Leben auf neue Geleise herumwerfen. Sie darf sich nicht in Parteiungen verlieren, sie darf nicht dem Ehrgeiz der Fraktionen freien Spielraum lassen, denn wir haben um unser nationales Sein zu kämpfen.

Die Feinde werden die Verhandlungen in Weimar sicher aufmerksamer beobachten als das deutsche Volk. Wenn in Weimar nicht nur Abgeordnete, sondern Männer einziehen, die sich als die Träger des nationalen Lebenswillens betrachten, dann wissen die Gegner, daß das Herz Europas noch nicht zu schlagen aufgehört hat. Wenn Deutschland auch den Krieg verloren hat, seine Ehre ist nicht untergegangen, sein Recht auf Freiheit und Entwicklung besteht ebenso fort, wie das jeder andern Nation, deren Taten die Geschichte der Menschheit auf allen Seiten füllen. Weimar war nicht nur in der Vergangenheit ein Symbol, in dem der Deutschen Genius am reinsten widerstrahlt. Das Goethewort von der „lebendigen Gestaltung" ist nicht zeitlos, sondern immerwährender Erneuerung gewiß, selbst in der Erdenschwere der deutschen Not. Weimar ist uns Hoffnung und Gelübde. Hoffnung, daß der nationale Wille wie eine Feuersäule aufleuchtet, das deutsche Gewissen weckt, für das die furchtbarste Prüfung auch stahlharte Bewährung bedeutet. Es ist das Gelübde, dem Besten unseres Volkes zu dienen, seine Gegenwart und Zukunft von Schlacken frei zu machen. Die Feinde selber wissen, daß vom Sund bis zu den hohen Tauern ein Wille lebt, daß wir unsere Rechte nicht verkümmern, daß wir uns Gewalttat nicht aufzwingen lassen, sie nicht hinnehmen, sondern der Geschichte die Vergeltung anheimgeben.

Weimar im Zeichen der National-Versammlung.

Weimar, 3. Februar. (Drahtnachricht.) Gestern morgen waren die Telefonverbindungen zwischen Weimar und Eisenach, sowie Erfurt mehrere Stunden lang unterbrochen und zwar, wie verlautet, infolge Eingreifens der Unabhängigen. Nachmittags war die Verbindung mit Eisenach abermals gesperrt. Das unter dem Kommando des Generals Merker stehende Landjägerkorps in Stärke von 1000 Mann hat die Bewachung der Stadt übernommen. Die Differenzen zwischen den dem 11. A. K. angehörigen Truppen und den Landjägern sind noch nicht endgültig beigelegt.

Weimar, 3. Februar. (Drahtnachricht.) Alle Nachrichten über irgend welche Besetzungen öffentlicher Gebäude in Eisenach durch Spartakus sind unbegründet. Es handelt sich vielmehr um Maßregeln der dortigen Sicherheitswehr.

Weimar, 3. Februar. (Drahtnachricht). Die Reichsleitung ist nach glatter Fahrt um 1 Uhr in Weimar eingetroffen und hat im Schloß Wohnung genommen. Am Nachmittag fand eine Kabinettssitzung, am Abend eine Vorbesprechung der sozialdemokratischen Fraktion statt.

Abreise der Volksbeauftragten nach Weimar.

Berlin, 3. Februar. (Drahtnachricht.) Nach der „B. Z. a. M." sind heute die Volksbeauftragten vom Anhalter Bahnhof zur Nationalversammlung nach Weimar abgereist. Die republikanischen Schutztruppen stellten auf dem Bahnhof ein Ehrenbataillon. Ebert hielt an das Bataillon folgende Ansprache:

„Kameraden! Im Namen der Reichsregierung danke ich Euch für die aufopfernde Tätigkeit der letzten Wochen. Ich hoffe, daß, während wir in Weimar ein Werk vollenden, das zum Segen des ganzen deutschen Volkes gereichen wird, Ihr fernerhin sorgen werdet, daß Ruhe und Ordnung in Berlin erhalten werden."

Das endgültige Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung.

Berlin, 3. Februar. (Drahtnachricht.) Nach den endgiltigen Feststellungen der Wahlkommissare haben an Sitzen erhalten die Deutschnationale Volkspartei einschließlich der bayrischen Mittelpartei, der national-liberalen Partei in Bayern, der württembergischen Bürgerpartei und des württembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes 42, die Deutsche Volkspartei 21, die Christliche Volkspartei einschließlich der bayrischen Volkspartei und der Katholischen Volkspartei in Oppeln 88, die Deutsche demokratische einschließlich der Deutschen Volkspartei in Bayern 75, die Sozialdemokratische Partei 163, die Unabhängige soz. Partei 22, der bayrische Bauernbund 4, die Schleswig holsteinische Bauern- und Landarbeiter-Demokratie 1, der Braunschweigische Landeswahlverband 1 und die Deutsch-hannoversche Partei 4 Sitze, zusammen 421.

Zum Anschluß Deutsch-Oesterreichs.

Wien, 3. Februar. (Drahtnachricht). Die deutsche Reichsregierung hat die Regierung von Deutsch-Oesterreich eingeladen, in den zu bildenden Staatsausschuß eine Delegation zu entsenden. Der Staatsrat beschloß, diese Einladung bereitwilligst anzunehmen und für den Fall, daß der bezügliche Verfassungsentwurf von der deutschen Nationalversammlung angenommen wird, den deutsch-österreichischen Gesandten Dr. Hartmann mit der Vertretung im deutschen Staatsausschuß zu betrauen.

Die Mitberatung der Deutschen über die Friedensbedingungen.

Rotterdam, 3. Februar. (Dr.) Nach dem Nieuwe Rotterdamsche Courant meldet die Central News aus Paris vom 2. Februar daß ein einflußreiches Mitglied der Konferenz auf die Frage, über welche Friedensbedingungen es den Deutschen gestattet werden würde, mitzuberaten, antwortete, daß dies in der Hauptsache die Fragen sein würden, die auf die Art und Höhe der Schadenvergütungen Bezug haben. Man kann als bestimmt annehmen, daß die Konferenz auf jährliche Zahlungen bestehen wird, die von der Auszahlung der Zinsen der deutschen Kriegsanleihen geleistet werden müssen. Ferner werden die Deutschen in der Frage der gerichtlichen Verfolgung derjenigen Personen, die der Verantwortlichkeit für den Krieg unter Ueberschreitung der Gesetze der Menschlichkeit beschuldigt werden, gehört werden.

Zur Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Berlin, 1. Februar. Wie die Waffenstillstandskommission berichtet, ließ das Oberkommando der Alliierten am 31. Januar in Spaa eine Note überreichen, in der im Zusammenhang mit der Lebensmittelversorgung Deutschlands verschiedene Angaben finanzieller Art von der deutschen Regierung verlangt werden. So soll der Kassenbestand der deutschen Reichsbank und ihre Bestände an Auslandswechseln und Wertpapieren angegeben werden, die an neutralen Plätzen lombardiert werden können. Ebenso werden Angaben gefordert, aus denen hervorgeht, in welcher Höhe sich Werte neutraler Staaten im Besitz der deutschen Banken, sonstiger Institute und von Privatpersonen befinden. Ferner soll berichtet werden, welche gesetzliche Machtbefugnis die gegenwärtige deutsche Regierung hat, um den Besitz deutscher Staatsangehöriger an Depositen, Wertpapieren und anderen Werten in Deutschland und den neutralen Ländern zu requirieren. Daran anschließend soll eine Aufstellung der Vorräte aller Art gegeben werden, die in Deutschland für die sofortige Ausfuhr vorbehaltlich der Billigung der alliierten Regierungen bereitstehen. Die Note betonte, daß alle technischen Aufklärungen über diese Punkte möglichst schnell mitgeteilt werden müßten, damit die alliierten Regierungen und die Vereinigten Staaten dem deutschen Ersuchen um Versorgung mit Lebensmitteln und Rohstoffen nachkommen könnten.

Es ist das erste Mal, daß die Alliierten in einem offiziellen Schriftstück von der Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen, sowie von einer deutschen Ausfuhr sprechen. Mit anderen Worten, es gewinnt den Anschein, als ob die Entente dem Gedanken einer Aufhebung der Blockade allmählich doch nähertreten zu müssen glaubt. Die Note beweist aber zugleich, daß der Verband für die Werte, die er uns liefern will, unbedingte Sicherheit verlangt, d. h. er will Zahlung nicht in Reichsmark, sondern in Werten, die wir nur durch Arbeit erzeugen können. Was wir brauchen, ist also Arbeit und nochmals Arbeit. Nur so bekommen wir Lebensmittel und Rohstoffe. Und nur dann ist an eine Wiederaufnahme der deutschen Ausfuhr zu denken. Aber dauernde Streiks und Versuche, die Ausfahrt der deutschen Schiffe zu verhindern, müßten uns dem Hungertode entgegenführen.

Sitzungsbericht der Waffenstillstandskommission in Spaa vom 1. Februar 1919.

Die französische Kommission teilt mit, der Abtransport der internierten Deutschen aus der Türkei und der deutschen Truppen aus Südrußland auf dem Seewege habe begonnen. Weitere Einzelheiten werde sie später bekanntgeben.

Bezüglich der alliierten Lebensmitteltransporte nach Polen über Danzig ließ Marschall Foch versichern, daß das von Deutschland hierfür zur Verfügung gestellte rollende Eisenbahnmaterial sofort zurückgegeben werde

Zu dem Protest der deutschen Regierung gegen die Handhabung der alliierten Zensur in den besetzten Gebieten erklärte General **Nudant**, daß die Besatzungsbehörden angewiesen worden seien, die Pressezensur in Zukunft in weitherziger Weise zu handhaben.

Gleichzeitig setzte er die deutsche Kommission davon in Kenntnis, daß die Alliierten verschiedenen deutschen Gesuchen betreffend den Warenverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Teil Deutschlands Folge gegeben haben. So sei die Ausfuhr linksrheinischer Kohlensäure in Höhe der täglichen Produktion gestattet. Ferner könnte die rechtsrheinische Industrie in gewissem Umfange aus dem linksrheinischen Gebiet Anilinfarben, chemische Produkte und synthetischen Gummi beziehen.

Nudant teilte ferner mit, daß 45 000 Tonnen Zucker für die Raffinerien im besetzten linksrheinischen Gebiet eingeführt und dafür 67 v. H. des raffinierten Zuckers nach dem rechten Rheinufer ausgeführt werden könnten. Die deutsche Kommission erhob gegen ein französisches Dekret Einspruch, das den Landeskassen in Elsaß Lothringen verbietet, vom 1. Februar ab die Pensionen an die elsaß-lothringischen Pensionäre und Kriegshinterbliebenen auszuzahlen.

Sodann übermittelte die deutsche Kommission ein an die Alliierten gerichtetes Ersuchen der deutschen Regierung, den aus Saarbrücken ausgewiesenen Mitgliedern der sozialdemokratischen Mehrheitspartei **Reese** und **Pokorny** die Rückkehr in das besetzte Gebiet zu gestatten. Die Behauptung, sie hätten sich an bolschewistischen Umtrieben beteiligt, treffe nicht zu.

Die deutsche Regierung ließ den Verband außerdem ersuchen, den Brief- u. Telegrammverkehr der Diözesen des besetzten Gebiets mit der Nuntiatur in München zu gestatten.

Französische Gemeinheiten gegen deutsche Frauen.

Berlin, 2. Februar. Der Flüchtlingsausschuß in Offenburg teilt neue schamlose Uebergriffe der französischen Besatzungstruppen mit: Bei der Grenzüberschreitung in Offenburg müssen sich die deutschen Frauen in Gegenwart der französischen Soldaten entkleiden und von ihnen abgreifen lassen.

Zusammenstoß zwischen Truppen und Spartakisten in Bremen.

Berlin, 3. Februar (Dr) Nach der B. Z. a. M. ist es gestern in Bremen zu einem Zusammenstoß zwischen Truppen und Spartakisten gekommen, wobei die Spartakisten 5 Tote und einen Schwerverletzten verloren.

Beginn der Spartakusprozesse.

Berlin, 3 Februar. (Dr.) Vor dem Moabiter Kriminalgericht haben heute die Spartakusprozesse ihren Anfang genommen und werden voraussichtlich die ganze Woche über dauern.

Reaktionäre Aufreizung des Offizierkorps

Die reaktionären Parteien sind eifrigst bemüht, das Offizierkorps, das mit Recht über viele Vorkommnisse der letzten Zeit erbittert ist, für ihre Zwecke parteipolitisch auszunützen. So fordern die Heißsporne jetzt, daß das Offizierskorps in einen Streik eintreten solle. Gegen diese Versuche wendet sich ein Appell des Hauptmanns v. Salzmann in der „Voss. Ztg.", der seinen Kameraden mit Recht zuruft:

„Kameraden! Ihr irrt Euch. Ihr übersehst das wirtschaftliche Elend nicht, in dem das Land ist. Ihr kennt die Katastrophe nicht, die uns bevorsteht, wenn neuer Bürgerkrieg kommt. Ein wirtschaftlich restlos ruiniertes Deutschland wird auch keine Offiziere haben. Eure Ansprüche werden dann in den Wind geschrien sein. Darum tragt nicht dazu bei, dieses Land wirtschaftlich und politisch in den Tod zu jagen. Der Stunde des Streiks muß die Stunde des Elends bald auf dem Fuße folgen. Wenn Ihr streikt, haben wir den neuen Bürgerkrieg. Wer von Euch will das verantworten? Die, die Euch hineinhetzen, werden an dem Tage verschwunden sein, an dem der Streik proklamiert wird! Darum denkt in Ruhe nach und versucht, noch einmal in Güte mit der Regierung zu verhandeln."

Es wäre dringend zu wünschen, daß dieser Appell Gehör fände!

Die Stellung der Richter im neuen Deutschland.

Artikel 87 der Preußischen Verfassung bestimmte: „Die Richter werden vom Könige oder in dessen Namen auf ihre Lebenszeit ernannt. Sie können nur durch Richterspruch aus Gründen, welche die Gesetze vorgesehen haben, ihres Amtes entsetzt oder zeitweise enthoben werden. Die vorläufige Amtssuspension, welche nicht Kraft des Gesetzes eintritt und die unfreiwillige Versetzung an eine andere Stelle oder in den Ruhestand können nur aus den Ursachen und unter den Formen, welche im Gesetz angegeben sind und nur auf Grund eines richterlichen Beschlusses erfolgen."

Es wäre erwünscht, daß diese Verfassungsbestimmungen sinngemäß auch in die neue deutsche Reichsverfassung übergingen. Die Deutsche demokratische Partei jedenfalls wird für die Unabsetzbarkeit der Berufsrichter (bei Laienrichtern liegt die Sache ja anders) eintreten Ebenso wird sie selbstverständlich dafür eintreten, daß auch der Artikel 7 der Preußischen Verfassung in der neuen Reichsverfassung Aufnahme findet, nach dem niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden darf.

Amerikas Flottenpläne.

Washington, 1. Februar. (Reuter.) Die Herabsetzung der Zahl der während der nächsten 3 Jahre zu bauenden Linienschiffe von 16 auf 10 beruht auf Meinungsverschiedenheiten der Sachverständigen über den Wert der Schlachtkreuzer. Abgesehen von den zehn Linienschiffen, von denen jedes nicht mehr als 21 Millionen kostet, sieht das Programm 10 Spähkreuzer vor, von denen jeder 8 Millionen kostet. Die Entwürfe sehen weiter den Bau von 130 kleineren Fahrzeugen vor, bis das Marineamt die Typen billigt, die unter Berücksichtigung der Kriegserfahrungen den Vorzug verdienen. Der Ausschuß nahm auch den Vorschlag des Staatssekretärs Daniels an, daß der Präsident den Bau einstweilen aussetzen lassen könne, wenn ein internationales Abkommen die Weltabrüstung bringe.

Die englische Arbeiterschaft im Kampf um den Achtstundentag.

London, 2. Februar. (Drahtnachricht). Reuter. Entgegen den Beschlüssen anderer Arbeitergruppen, die Arbeit nicht niederzulegen, während noch die Verhandlungen schweben, beschlossen die Maschinisten der Londoner Untergrund- und Stadtbahn, am Montag morgen als Protest gegen die Weigerung der Regierung in den neu eingeführten Achtstundentag die halbstündige Eßzeit einzubeziehen, die Arbeit niederzulegen.

Aus Stadt und Land.

Thorn, 4. Februar 1919.

Westpreußens Interessen bei der Friedenskonferenz.

Westpreußens Dasein ist bedroht. Gierige Hände wollen es auseinanderreißen, wenn sie es schon nicht ganz von Preußen oder vom Deutschen Reiche trennen wollen. Wir wissen nicht, was man alles mit Westpreußen vorhat Wir wissen nur, daß es in Gefahr ist. Es hat bei der kommenden Friedenskonferenz, bei der vielleicht über sein Schicksal entschieden wird, keine richtigen Fürsprecher. Die Staaten, die dort vertreten sind, behandeln Westpreußen vielleicht als ein seelenloses Objekt, mit dem man nach Belieben umspringen kann. Die deutsche Regierung wird alles tun, um ganz Westpreußen beim Reiche zu erhalten. Aber auch sie ist uns noch keine genügende Sachwalterin, sie kennt unsere Interessen und Wünsche nur wenig. Weiß jemand in Westpreußen, was die deutsche Regierung mit uns vorhat?

Westpreußen ist aber kein seelenloses Objekt. Es ist ein einheitliches Gebiet, geographisch und wirtschaftlich von einer bestimmten Struktur, die es von anderen Provinzen unterscheidet und abtrennt. Es ist die **Weichselprovinz**, der untere Teil des großen Weichselgebiets. Es ist seit Jahrhunderten ein einheitliches Gebiet gewesen, das auch in den Zeiten der polnischen Herrschaft nicht einfach in Polen aufging, sondern besondere eigene Rechte und Verwaltung hatte, ein besonderes Kronland des polnischen Königs bildete. Jahrhunderte hindurch haben Polen und Deutsche in diesem westpreußischen Gebiet einträchtig unter besonderen Bedingungen gelebt. So soll es auch weiter bleiben. Oder soll man einzelne kleine Gebiete von Westpreußen herausreißen und an Polen geben, daß die westpreußische Landkarte nachher bunter aussieht als die von Thüringen? Soll man Zollschranken aufrichten zwischen einzelnen Teilen Westpreußens? Und es gibt auch andere gemeinsame Interessen aller Bewohner Westpreußens, deren Beachtung wir fordern, gleichgültig was sonst über die Provinz von der Friedenskonferenz beschlossen wird. Wir denken an den Schutz der nationalen Minderheiten, der genau festgelegt werden muß, an wirtschaftliche Fragen wie Weichselschiffahrt, Durchfuhrhandel u. a. Westpreußen wird in jedem Falle, mag es deutsch bleiben oder polnisch werden, ein **Durchgangsland** werden, das seine besonderen Bedürfnisse hat. Diese hier nur angedeuteten Fragen werden bei der Friedenskonferenz zur Sprache kommen, und Westpreußens Verhältnisse können nur richtig geschildert, seine Interessen nur richtig vertreten werden von Leuten, die in Westpreußen zu Hause sind und es genau kennen.

Selbstbestimmung steht als Hauptgrungsatz über dem kommenden Frieden. Auch Westpreußen braucht diese Selbstbestimmung, wie auch immer die nationale Frage, die Staatszugehörigkeit entschieden werden mag, für seine verschiedensten Interessen. Darum ist es nötig, daß westpreußische Männer bei der Friedenskonferenz als Berater hinzugezogen werden. Wir fordern, daß über Westpreußens Interessen nicht verhandelt wird, ohne daß **Westpreußens Vertreter dabei zu Rate gezogen sind.** Diese Vertreter sollen für die Erhaltung der Einheit der Provinz, gegen ihre Zerstückelung eintreten, weil eine Zerstückelung, eine Abtrennung einzelner Teile auf das Wirtschaftsleben verhängnisvoll einwirken würde, und sie sollen in allen Fragen, die inbezug auf Westpreußen zur Beratung kommen, für unsere Provinz vom Gesichtspunkte der Wahrung ihrer Einheit Stellung nehmem.

Dr. Hermann **Steinert**.

Die Verteidigung im Osten.

Die Minister **Hirsch** und **Ernst** weilen zurzeit mit Kommissaren im Osten. Es kann nicht eindringlich genug auf die Gefahr hingewiesen werden, die von der bolschewistischen Springflut droht. Sie benagt ununterbrochen das feste Ufer, das nur dann gegen Abbröckelungen geschützt ist, wenn wir starke Bollwerke errichten. Sie können nicht nur aus Maschinengewehren und Handgranaten bestehen, sie müssen auch sittliche Kräfte aufbieten. Bis jetzt haben die Minister bei den Arbeiter- und Soldatenräten anscheinend Verständnis für den Ernst der Lage gefunden. Hier können die Behörden, von unerfreulichen Erscheinungen an einzelnen Orten abgesehen, auf die tätige Mitwirkung der Räte rechnen. Das ist die Voraussetzung erfolgreicher Abwehr, die sich ja nicht nur gegen den russischen Bolschewismus, sondern auch gegen polnischen Imperialismus richten soll. Die Verteidigung des Ostens ist eine Frage von Tod und Leben. Der Bolschewismus ist nicht nur eine soziale Pest, vielmehr ebenso eine geistige Massenerkrankung. Im Osten ist es den Ministern anscheinend gelungen, im Einvernehmen mit den A.- und S.-Räten die Kommandogewalt befriedigend zu ordnen. Erforderlich ist weiter, daß der Zustrom der Freiwilligen nicht aufhört. Es handelt sich bei den Bolschewisten nicht um zügellose Horden, sondern um leidlich festgefügte Verbände. Sie suchen durch Ueberredung noch mehr zu erreichen als durch Handgranaten und Geschütze. Aber diese Ueberredung ist es, die ins Unglück und Verderben führt, wenn sie an irgend einer Stelle Erfolg erzielte Der Bolschewismus hat Rußland zerstört, hat der staatlichen auch die gesellschaftliche Knochenerweichung hinzugefügt. In Deutschland müßte die Wirkung noch viel verhängnisvoller sein. Keine Gruppe hätte etwas zu erwarten, denn der Bürgerkrieg mit allen seinen Schrecken der Vernichtung wäre das unvermeidliche Los. Die Verteidigung gegen die Raubabsichten der Polen hat bisher verhältnismäßig gute Fortschritte gemacht. Aber durch Lauheit ist viel gesündigt worden, sodaß es verdoppelter Anstrengung bedarf, um die polnischen Freischaren über die deutsche Grenze zu werfen. Von den Beratungen mit den Polen in Berlin sind kaum Erfolge zu erwarten, denn die Polen werden sicher nur Ansprüche stellen, die wir aus Gründen der Selbsterhaltung nur mit einem entschiedenen Nein erwidern können.

Die Minister **Hirsch** und **Ernst** trafen gestern vormittag in Begleitung des Landrates **Löhrs** vom Ministerium des Innern, eines Vertreters des Kriegsministeriums und zweier Mitglieder des Berliner Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte auf dem Hauptbahnhof in Thorn ein. Gegenüber einer von anderer Seite veröffentlichten einseitig gefärbten Darstellung sei ausdrücklich festgestellt, daß es sich lediglich um eine Besprechung mit Vertretern der hiesigen Zivil- und Militärbehörden gehandelt hat. Es wurde betont, daß ein Zusammenarbeiten der Militärbehörden mit den Soldatenräten weiter erforderlich sei, polnische Uebergriffe abzuweisen seien und der Grenzschutz einheitlich organisiert werden müsse. Die A.- und S.-Räte erkannten ausdrücklich an, daß die Landesgrenze unbedingt geschützt werden müßte und die Freiwilligenmeldung, bei deren Auswahl **alle** Parteipolitik auszuschalten sei, ein dringendes Erfordernis sei. Es wurde auch besonders hervorgehoben, daß die Exekutive **allein** der Regierung zustehe, die **örtlichen A.- u. S.-Räte** den Anordnungen der Regierung **Folge zu leisten** hätten und ihnen nur das Kontrollrecht nach Maßgabe der Verordnung vom 23. Oktober 1918 zustehe. — Nach nahezu dreistündigem Aufenthalt setzten die Minister ihre Reise fort.

— **Die Verwendung der Offiziere.** Ein vom Kriegsminister Reinhard und Unterstaatssekretär Göhre unterzeichneter amtlicher Erlaß über Offiziersverwendung besagt: Besondere Umstände legen an zahlreichen Stellen des Heeres die Tätigkeit der Offiziere lahm. Die Zeiten sind viel zu ernst, um lange Untätigkeit zu erlauben. Daher haben sämtliche am 7. Februar 1919 nicht zum Dienst bei ihren Dienststellen anwesenden Offiziere und Unteroffiziere durch Postkarte ihre Dienststelle oder wenn sie nach Auflösung ihrer Kriegsdienststelle ihre neue Friedensstelle noch nicht kennen, ihren früheren Friedens-Generalkommando-Wohnort und gegebenenfalls Urlaubsdauer zu melden. Diese Dienststellen kürzen den Urlaub nach den Erfordernissen des Dienstes ab oder bestätigen ihn. Wer bis 20. Februar 1919 keine Bestätigung erhalten hat, kehrt zu seiner jetzt zuständigen Dienststelle zurück. Die Generalkommandos haben sich mit allen Mitteln Uebersicht über den Bestand an Offizieren ihrer Formationen und Truppen zu verschaffen, Ausgleiche im eigenen Bereiche vorzunehmen und entbehrliche Offiziere summarisch, getrennt nach Dienstgraden, dem Kriegsministerium (Personalamt) für den Osten anzubieten. Die bei ihren Dienststellen anwesenden Offiziere sind mit den Unteroffizieren und zurückbehaltenen Mannschaften zu einem Verbande zusammenzustellen, in dem die weitere Ausbildung mit allem Nachdruck zu betreiben ist. Hierdurch wird es möglich sein, für die später einzustellenden Wehrpflichtigen ein geeignetes Lehrpersonal zu schaffen. Ganz besonderer Wert ist auf Kenntnis der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Mannschaftsersatzes zu legen. Da die örtlichen Verhältnisse sehr verschiedenartig sind, ist die Art und Weise, wie dieser Forderung entsprochen wird, den Kommandeuren der Truppenteile zu überlassen. Neben der Weiterbildung der Offiziere und Unteroffiziere im militärischen Dienst ist auch die Ausbildung der Kapitulanten in außerdienstlichen Fächern als Vorbereitung auf ihren späteren Zivilberuf zu fördern; da besondere Mittel hierfür vorläufig nicht bereit gestellt werden können, sind alle verfügbaren Lehrkräfte und Lehrmittel zur Erfüllung dieser Aufgabe heranzuziehen.

— **Ein Abzeichen für die westpreußischen Grenzschutz-Truppen.** Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wollen die Freiwilligen-Verbände, die bestimmt sind den Grenzschutz Ost in der Provinz Westpreußen zu übernehmen, ein neues Abzeichen erhalten, das sie zu gleicher Zeit schmückt und vor anderen auszeichnet. Entwurf und Ausführung des Abzeichens, das aus weißem Metall auf beiden Kragenspiegeln und als Aufdruck auf einer weißen Binde am Arm getragen werden soll, sind einem Künstler von Ruf übertragen.

— **Der städtische paritätische Arbeitsnachweis** hat von einer der größten Zuckerfabriken und Samenzüchtereien in Bez. **Magdeburg** den Auftrag erhalten, eine große Anzahl von Männern und Frauen zur Arbeit zu überweisen. Männer erhalten außer freier Verpflegung und Unterkunft einen Tagelohn von 5 bis 6 Mark. Mädchen und Burschen einen solchen von 4 bis 5 Mark. Freie Hin- und Rückfahrt, wenn diese bis einschl. 20. 12. 19 in der dortigen Arbeit verbleiben. Die Arbeit ist teils Fabrik-, teils Landarbeit. Da wir in Thorn mit noch zunehmender Beschäftigungslosigkeit zu rechnen haben, können wir die Annahme der vorhin erwähnten Beschäftigung nur empfehlen.

— **Die arbeitslosen Dienstmädchen.** Eine Hausfrau schreibt der „Elb. Ztg.": Dieser Tage suchte ich ein Dienstmädchen. Es meldete sich u. a. ein 17 Jahre altes Mädchen. Sonst waren wir beide einig. Nur etwas jung schien sie mir für die in Frage kommende Stellung. Ich sagte das dem Mädchen und fügte hinzu: „Sie haben ja doch eine ältere Schwester, die ebenfalls ohne Stellung ist. Möchte diese nicht bei mir eintreten?" Darob: „Meine Schwester? Ach nein. Die nimmt keine Stellung an. Die gehört zu den Arbeitslosen."

— **Erhöhung der Porzellanpreise.** Der „Nürnberger Bund", Großeinkaufsverband für Glas, Porzellan und den gesamten Hausrat in Nürnberg schreibt uns: Der Verband deutscher Porzellanfabriken hat unterm 12. Dezember 1919 eine weitere Erhöhung der bisherigen Preise um 33 1/3 % beschlossen. Ferner kommt der bisherige Kassa-Skonto von 3 % in Wegfall. Dieser neue Aufschlag wird ab 12. Dezember 1918 auch auf alle älteren Aufträge berechnet, sodaß die Händlerschaft von diesem Zeitpunkt an für alle zu beziehenden Porzellane diesen Aufschlag zu tragen hat. Porzellan ist seit Kriegsausbruch wie folgt gestiegen: Für ein Tafelservice, welches vor Ausbruch des Krieges 100 Mk. kostete, wird jetzt berechnet der doppelte Preis = 200 M. plus 50 % Aufschlag = 300 M. plus 33 1/3 % Aufschlag = 400 Mk. plus Verpackung und Kistenverlust = 425 Mk hierzu die Fracht ab Fabrik = 450 Mk. An einen Rückgang der Porzellanpreise ist in absehbarer Zeit nicht zu denken, da Arbeitslöhne, Rohmaterial, Kohlen usw. noch ständig im Steigen sind.

— **Die „Pressefreiheit" in der Provinz Posen** treibt unter dem Einfluß der polnischen Gewaltherrschaft die merkwürdigsten Blüten. Der in Hohensalza erscheinende Kujawische Bote, der anscheinend nur mehr ein „Inowroclaw" kennen darf, zeigt fast täglich weiße Zensurlücken. Selbst Nachrichten des Wolff'schen Bureaus werden vom Zensor nicht verschont. Die Posener Zeitung bleibt meistens ganz aus, und wenn sie einmal glücklich hier eintrifft, dann ist es mit mehrtägiger Verspätung.

— **Stenographenverein Stolze-Schrey.** Zur Hauptversammlung hatten sich die Mitglieder in großer Zahl eingefunden, darunter auch viele aus dem Felde heimgekehrte Schriftfreunde, denen seitens des Vorsitzers Lyzeallehrers Kerber ein besonders herzliches Schriftheil als Willkommensgruß entboten wurde. Er teilte weiter mit, daß der Ertrag des Bunten Abends es ermöglicht hat, zu Gunsten

der Kriegsblindenfürsorge M. 196,71 abzuliefern, wofür allen Mitwirkenden, vor allem aber der Hauptleiterin der ganzen Veranstaltung, Frau Kaufmann **Brandes**, für ihre selbstlose und aufopfernde Mühewaltung der besondere Dank des Vereins gebühre. Nach dem von Frl. **Arndt** und Herrn **Klinger** erstatteten Kassenbericht hat die Jahreseinnahme des Vereins 668 M., die Ausgabe 502 M. betragen, so daß ein Kassenüberschuß von 165 M. verbleibt. Die Vereinsbücherei weist 782 Bände auf. Für Beteiligung an der Bundespreisaufgabe erhielten Auszeichnungen die Damen: Frl. **Köller**, Frl. **Kirschke**, Frl. **Klammer** und die Herren: **Klinger**, **Steege** und **Kuschkowitz**. Aufgenommen wurden in den Verein 8 Schriftfreunde; 13 weitere Anmeldungen sind eingegangen. Die Vorstandswahl hatte zum Ergebnis, daß die Damen Köller und Fliege I und die Herren Kerber, Witte, Gedies und Pingel wiedergewählt und Herr Doering und Frl. Fliege II neugewählt wurde.

— **Die Deutsche demokratische Partei** hielt gestern abend im großen Saale des Schützenhauses unter Vorsitz des Herrn Justizrats **Aronsohn**, dessen Wahl zur preußischen Landesversammlung, wie bereits berichtet, inzwischen bestätigt wurde, eine zahlreich besuchte Mitgliederversammlung ab, in der Vorsitzender einleitend auf das günstige Ergebnis der Wahlen für die Deutsche demokratische Partei hinwies, aber sein lebhaftes Bedauern darüber kundtat, daß die Wahl des Herrn **Hackbarth**-Gramtschen nicht hat erreicht werden können. Für das ihm von der Wählerschaft des Thorner Stadt- und Landkreises entgegengebrachte Vertrauen, das Redner in die preußische Landesversammlung geführt habe, spricht er unter Hinweis auf das vorbildliche 15jährige Wirken des früheren Thorner Abgeordneten im Landtag, Herrn Kommerzienrats **Dietrich**, den Wählern herzlichen Dank aus und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß es ihm vergönnt sein möge, seine ganze Arbeitskraft zum Segen des Vaterlandes und der Stadt Thorn zu entfalten. Die nächste Aufgabe der Partei werde es sein, ein wohl durchdachtes, sicheres Programm zu schaffen, zu welchem Zwecke schon in nächster Zeit ein Parteitag einberufen werde. Darauf ging Redner auf den Zweck der Versammlung über. Der kürzlich von der Regierung veröffentlichte Erlaß über die Auflösung sämtlicher Gemeindevertretungen in Preußen sei durch eine inzwischen veröffentlichte Ergänzung, die sich auf die Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen bezieht, überholt worden, sodaß die Frage der Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung in Thorn nicht mehr akuell sei. Trotzdem halte es aber Redner für angezeigt, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, insbesondere zu erwägen, inwiefern das Deutschtum durch den Wahlvorgang beeinflußt und welche Folgen der Ausfall der Wahlen nach sich ziehen werde. Dazu sei es nötig, das Verhältnis der Deutschen demokratischen Partei zu den übrigen politischen Parteien zu bestimmen. Herr Sanitätsrat Dr. **Wolpe** führt hierzu u. a. aus: Nach einer Verordnung der preußischen Regierung vom 24. 1. sind alle Gemeindevertretungen bis spätestens 2. 3. nach dem neuen Volkswahlrecht neu zu wählen. Ob auch die Magistrate neu gewählt werden müssen, steht noch nicht fest. Für Thorn kommt die Wahl von 42 Stadtverordneten in Frage, und es ist natürlich daß jede politische Partei bestrebt sein wird, eine möglichst große Zahl ihrer Mitglieder in die Versammlung entsenden zu können. Das Einfachste würde sein, wenn jede politische Partei ihre eigene Liste wie bei den letzten Wahlen aufstellen und für sie agitieren würde. Für unsere Stadt erscheint dieser Weg aber nicht gangbar, weil unsere polnischen Mitbürger, die zum größten Teil bei den Wahlen zur Nationalversammlung und zur Landesversammlung Wahlenthaltung geübt haben, sich an der Wahl der Stadtverordneten beteiligen und eine eigene Liste aufstellen werden. Niemand von uns will den Polen das Mitbestimmungsrecht nehmen, und ohne Zweifel werden wir ihnen eine Anzahl Sitze zuzusprechen haben. Es liegt in der diesmaligen Wahl der Stadtverordneten eine außerordentliche Bedeutung, wenn man sich die Folgen vergegenwärtigt, die das geschlossene, einmütige Vorgehen der polnischen Bevölkerung durch Aufstellung einer einzigen Liste gegenüber den in 4 Parteien zerfallenden deutschen Mitbürgern bedeutet. Die Polen werden die diesmalige Wahl als eine Nationalitätenfrage ansehen und ihr den Charakter einer Volksabstimmung aufzudrücken suchen. Was dies für uns mit Rücksicht auf die bekannten Wilsonschen Grundsätze bedeutet, wird jedem einzelnen danach klar sein. Es ist also mehr denn je Pflicht jedes wahlberechtigten Thorner Einwohners, von seinem Wahlrecht auch Gebrauch zu machen. Wenn die Stimmenzahl, wie bei den letzten Wahlen noch weiter zurückgeht, so können die Polen sehr leicht ebenso viele Sitze erhalten wie die Deutschen. Aus diesem Grunde ist es angebracht, in diesem besonderen Falle zwecks Vermeidung von Zersplitterungen mit den anderen politischen Parteien zusammenzugehen oder wenigstens die Listen mit einander zu verbinden. Dem Vernehmen nach sind die Deutschnationale und die Christliche Volkspartei zu einer Einigung mit uns bereit, von der Sozialdemokratie ist diese Frage noch nicht geklärt. Somit werden wir in Thorn mit der Aufstellung von drei Listen zu rechnen haben. Ich betone noch einmal die ungemein große Wichtigkeit der Wahlen, die alle Parteiinteressen und Zwistigkeiten zurückdrängen muß, denn es handelt sich um die Zukunft unserer lieben Stadt Thorn, um deutsch oder polnisch. Im Anschluß hieran gibt Redner die von der Parteileitung aufgestellten Richtlinien für die Wahlen zur Gemeindevertretung bekannt. Herr Professor **Semrau** weist in seinen Ausführungen auf die im letzten Wahlkampf von den Deutschnationalen ausgeübte Tätigkeit hin, die sich als besonders schädigend erwiesen habe. „Es ist nicht angängig", so führt er weiter aus, „daß man im gleichen Augenblick die Einigkeit aller Deutschen predigt und andererseits einen großen Teil der Menschheit von den Menschheits**rechten** ausschließt. Den Parteien von rechts muß klar gemacht werden, wie schwer sie sich an unserem Vaterlande versündigen, wenn sie derartige Zwistigkeiten hervorrufen. Herr Justizrat **Aronsohn** bemerkt hierzu, daß es außer den angeführten Gründen noch viele andere Punkte gebe, die trennend zwischen der Deutsch-demokratischen und der Deutsch-nationalen Partei stehen. Das komme aber hierbei weniger in Betracht, denn es gilt jetzt kein politisches Ziel zu erkämpfen, sondern es geht um nationale Fragen. Herr Rechtsanwalt **Wilk** warnt ebenfalls vor Zersplitterung. Wenn die Deutschnationalen Antisemitismus betrieben haben, so sei das in Thorn mehr eine Personenfrage. So lange sich ein solcher Streit in gehörigen Formen bewege, sei er zu ertragen. Wenn man mit den Deutschnationalen zusammengehen wolle, so müssen sich Mittel und Wege finden lassen, daß diejenigen, die nicht die Würde und Ehre des Gegners gewahrt haben, bei Aufstellung der Kandidatenliste ausgeschaltet werden. (Lebhaftes Bravo). Darauf müsse bei den Vorverhandlungen gedrungen werden. Redner macht darauf den Vorschlag, einen fünfgliedrigen Ausschuß zu wählen, der mit den übrigen Parteien über ein Zusammengehen beraten soll. Nach längeren Auseinandersetzungen wird aber die Wahl des genannten Ausschusses dem geschäftsführenden Ausschuß übertragen. Man hofft, auf diesem Wege die Entscheidung darüber herbeizuführen, ob man eine Einheitsliste aufstellen oder die Listen verbinden wird. Zum Schluß der Versammlung wird folgende von Herrn Sanitätsrat Dr. **Wolpe** vorgeschlagene Entschließung fast einstimmig angenommen: In Anbetracht der großen, allgemeinen Bedeutung der diesmaligen Stadtverordnetenwahlen in Thorn beschließt die heutige Versammlung, in diesem Falle mit allen deutschen Wählern zusammenzugehen. Herr Kommerzienrat Dietrich spricht für die anerkennenden Worte des Herrn Justizrat Aronsohn herzlichen Dank und zugleich die Hoffnung aus, daß die Tätigkeit des Herrn Justizrats Aronsohn, der jetzt als sein Nachfolger dazu berufen sei, den Thorner Bezirk in der Landesversammlung zu vertreten, zum Segen der Stadt und des Vaterlandes gedeihen möge. Schluß der Versammlung 10 Uhr.

— **Ein Zeichen der Zeit.** Daß trotz aller Verfügungen und Verordnungen, trotz der Verhängung des Belagerungszustandes, wonach die Polizeistunde auf 11 Uhr festgelegt wird, die Tanzkunst bis zum frühen Morgen ausgeübt wird, zeigten heute früh drei noch im schönsten Ballstaat befindliche Pärchen, die um 7.30 Uhr der Mellienstraße zustrebten.

— **Zu der gemeldeten Verhaftung polnischer Einwohner** unter dem Verdachte des Hochverrates erfahren wir, daß das Verfahren gegen den Unterzahlmeister **Rychlicki** und den Rechtsanwalt **Szuman** zweifellos eingeleitet werden wird. Die Voruntersuchung gegen die übrigen sieben in Haft befindlichen Persönlichkeiten ist noch im Gange.

— **Mitteilungen der öffentlichen Wetterdienststelle.** Mittwoch, den 5. Februar 1919: Wolkig, schwacher Frost, etwas Schnee.

Adelnau. Erschossen. Einige junge Leute machten eine kleine Spazierfahrt auf einem Kraftwagen. Beim Vorbeifahren am polnischen Wachtlokal wurde der Wagen vom Posten angerufen. Da er auf wiederholten Ruf nicht stand bezw. durch den Chauffeur infolge der Glätte nicht so schnell zum Halten gebracht werden konnte, machte der Soldat von seiner Schußwaffe Gebrauch und traf den 15jährigen Sohn des Kaufmanns **Gonszczak** von hier so unglücklich, daß er nach nach wenigen Minuten verschied.

Altdamm. Ein erschütterndes Unglück ereignete sich hier vor dem Rathause. Der 13jährige Heinz **Benkert** schloß sich einer spielenden Kinderschar an, die sich auf der Treppe und der Vorhalle des Rathauses vergnügte. Von dem Wachtposten wurde plötzlich ein Schuß abgegeben, der dem Knaben Teile des Halses und Kopfes zerriß, so daß der Kleine sofort tot war. Wie die „Kbg. Hartg. Ztg." hierzu mitteilt, hatte der Soldat, der sofort verhaftet wurde, im Scherz auf die Kinder angelegt, wobei sich unbeabsicht der Schuß löste.

Danzig. Ernennung. Zum Kommandeur des Landwehrbezirks Danzig wurde Oberst v. d. Armee **Schmidt** ernannt. Er war im Frieden Kommandeur des Inf.-Regts. Nr. 172.

Allenstein. Blutige Ausschreitungen revolutionärer Soldaten und Matrosen. Am Tage nach dem Bekanntwerden der Armeeverordnung über die Neuregelung der Kommandogewalt und Rangabzeichen veranstaltete hier ein Haufen revolutionärer Soldaten und Matrosen eine wüste Kundgebung. Mit Schildern „Nieder mit den Offizieren" zogen gegen 200 Mann durch die Straßen. Den Offizieren und Soldaten wurden nach einem Bericht der „Dtsch. Tageszeitg." blanke Waffen und Revolver vorgehalten und Rangabzeichen und Kokarden abgerissen. In die Häuser, von denen noch die deutsche Fahne wehte, drangen die Leute gewaltsam ein, schlugen z. T. die Haustüren und Fenster ein bedrohten die vaterländisch gesinnten Bewohner. Selbst auf dem Bahnhof in den Zügen wurde dieses Treiben fortgesetzt. Ein Stationsbeamter, der die Leute abwehren wollte, wurde übel mißhandelt. Und diesem Schauspiel sah die Volkswehr teilnahmslos zu trotz des geladenen Gewehrs im Arm. Ein Offizier, der sich ebenfalls weigerte, sich die Achselstücke abreißen zu lassen, wurde von den Leuten niedergestochen, so daß er seinen schweren Wunden erlegen ist.

Mohrungen. Ein Freiwilligen-Bataillon stellt Hauptmann Edler von Graeve, im Kreise Mohrungen auf. Den Grundstock zu diesem Bataillon bilden Stämme des von dem im Kampfe erprobten Offizier geführten Sturm-Bataillons 2. Den Führer selbst schmückt neben den höchsten militärischen Kriegsauszeichnungen der Orden Pour le merite.

Obornik. Wegen Kohlenmangels werden sämtliche Brennereibetriebe nach Verbrauch des jetzigen Malzvorrats, also spätestens am 5. Februar geschlossen. Die Gasabgabe in der Stadt hörte vorgestern auf. Sämtliche Kohlen- und Torfvorräte im Kreise Obornik sind beschlagnahmt.

Thorner Strafkammer.

Thorn, 1. Februar.

Wegen schweren Diebstahls hatten sich der 12jährige Fürsorgezögling Willy **Fenske**, Sohn eines Landwirtes aus Rudak, jetzt in der Erziehungsanstalt zu Tempelburg, und der 15 Jahre alte Arbeitsbursche Johann **Kaczanowski** von hier, der sich in Untersuchungshaft befindet, zu verantworten. Fenske war Ende April v. Js. aus dem Petersonstift zu Graudenz entwichen und trieb sich dann in der Umgegend von Thorn umher. Er übernachtete meistens in einem militärischen Schuppen in der Nähe des Grützmühlentores. Hier lernte er den Kaczanowski kennen, der dort mit einem gewissen Lange ebenfalls hauste. Die drei Burschen verabredeten nun, in die Honigkuchenfabrik von Hermann Thomas einen Einbruch auszuführen. Aus einer Schmiede verschafften sie sich eine Drahtschere. In der Nacht zum 20. Mai begaben sie sich zur genannten Fabrik. Mit der Drahtschere zerschnitt Kaczanowski das Gitter vor einem Fenster und zertrümmerte dieses. Darauf stiegen Fenske und Kaczanowski in den Lagerraum, während Lange auf der Straße aufpaßte. Die Spitzbuben entwendeten 461 Pack Einheitskeks und viereinhalb Pfund Einheitskeks in Düten im Werte von zusammen 160,50 Mark. Sie brachten das Gestohlene zum Grützmühlenteich, wo sie das meiste versteckten. Der Staatsanwalt beantragte gegen Fenske 6 Wochen und gegen Kaczanowski drei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof nahm an daß Fenske die Straftat infolge von Verführung begangen habe und stellte gegen ihn nach dem Gnadenerlaß das Verfahren ein. Kaczanowski aber wurde mit Rücksicht darauf, daß er schon einmal wegen Diebstahls mit 3 Monaten Gefängnis bestraft worden ist, zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Von dieser Strafe gelten 3 Monate durch die Untersuchungshaft für verbüßt.

Neueste Nachrichten.

Vom internationalen Sozialistenkongreß in Bern.

Bern, 3. Februar. (Drahtnachricht). Schweizerische Depeschenagentur. Die gewerkschaftlichen Vertreter auf dem internationalen Sozialistenkongreß in **Bern** haben sich dahin verständigt, daß Anträge zum Friedenskongreß gemäß den Programmen von **Leeds** u. **Bern** den einzelnen Gewerkschaften zu überlassen sind. Die Frage der Verschmelzung der Organisation des internationalen Gewerkschaftsbundes soll auf einer Konferenz in Bern geregelt werden. Die erste gemeinsame Sitzung soll Mittwoch, den 5., im Großen Saale des Berner Volkshauses stattfinden.

Berlin, 3. Februar. (Drahtnachricht). Der internationale Sozialistenkongreß wurde heute unter Beteiligung von 80 Abgeordneten aus 21 Ländern eröffnet. Darunter befinden sich die Vertreter der Mittelmächte. Erwartet werden noch die Vertreter von 17 Staaten. Belgien und die Vereinigen Staaten verhalten sich weiterhin ablehnend. **Henderson** schilderte in seiner Eröffnungsansprache die Schwierigkeiten, die einer internationalen Konferenz bei Kriegsausbruch entgegenstanden. Auf seinen Vorschlag wurde **Branting** zum Präsidenten der Konferenz gewählt. Als Vertreter der Zentralmächte wurde der Deutsch-Oesterreicher **Seitz** und als Vertreter der Entente **Herderson** zum Vorsitzenden ernannt.

Branting verbreitete sich zunächst über die politische Lage und über die Aufgabe der Konferenz. Er führte hierzu u. a. aus:

Der Krieg, der die Welt verheert hat, ist nur möglich gewesen innerhalb einer kapitalischen Gesellschaftsordnung, welche immer bestrebt war, die Internationale abzuschaffen. Es muß jetzt an uns die Reihe sein, mit Erfolg gegen den Annexionismus, von welcher Seite er auch kommen mag, aufzutreten im Namen der gesamten sozialistischen Demokratien Europas u. übereinstimmend Friedensbedingungen zu fordern für die neuen Republiken, welche aus den Ruinen der alten Kaiserreiche entstanden. Für den Sieger ebenso wie für den Besiegten muß als einzige dauerhafte Grundlage das Selbstbestimmungsrecht der Nationen gelten. Bern muß die Zentralstation der Arbeiterklasse werden, um einer möglichen Verfälschung des Wilson-Programms entgegen zu arbeiten. Hier in Bern werden wir auch unser Programm für den Völkerbund aufstellen. Wilson hat aufgrund seiner 14 Punkte dagegen protestiert, daß Völker und Provinzen von Oberherrschaft zu Oberherrschaft verschachert werden können. Die sozialistischen Arbeiter erheben energischen Protest gegen derartige Versuche. Sie erwarten von dem Völkerbund, daß die berechtigte Entwicklung der Nationalitäten in allen Staaten durch das Selbstbestimmungsrecht gesichert wird. In den Friedensvertrag muß auch die allgemeine Arbeitergesetzgebung einbegriffen sein. Unter Mißbrauch des Wortes von der Diktatur des Proletariats wird die Herrschaft für einen Minderheitsterror verlangt, der das Gegenteil des Sozialismus erstrebt. Wir, die wir hier versammelt sind, lehnen energisch jede Entartung ab, die nur der Arbeiterklasse schadet und den Sozialismus kompromittieren könnte. Branting schloß mit der Anregung, eine Kommission zur Vorbereitung einer großen Konferenz zu bilden, damit die Internationale endgiltig ihre Arbeit aufnehmen könne.

Bern, 3. Februar. (Dr.) In der heutigen Abendsitzung der Berner Konferenz erwiderte der Abgeordnete **Wels** auf die Angriffe **Thomas** gegen die Politik der deutschen Mehrheitssozialisten und rechtfertigte die Politik der deutschen Mehrheitssozialisten während des Krieges. Er führte den Sozialisten der Entente vor Augen, wie oft gerade sie versagt hätten, wo es sich um die Sache des Friedens und der Menschlichkeit gehandelt habe. Die Gefahr für die Sozialisten bestehe im Bolschewismus und der Bewegung unter den Linksparteien, die zu denken geben sollte. Die deutschen Sozialisten hätten das Ultimatum an Serbien bekämpft. Als alles versagt habe und der Krieg ausbrach, habe sich die Sozialdemokratie zu ihrem Volke gestellt. Die deutschen Sozialisten wollten dort, wo Unrecht geschehen sei, das Unrecht gern anerkennen.

Sodann brachte Wels seine Anklage gegen die Entente vor mit ihrem Hungerkrieg gegen deutsche Frauen, Greise und Kinder, der 700000 Tote gekostet und deren Kriegführung den deutschen Mehrheitssozialisten zum großen Teile die Trümpfe aus der Hand geschlagen habe, die sie gegen den U-Bootkrieg besaßen. Wenn Thomas fragt, wo die deutschen Sozialisten bei **Brest-Litowsk** gewesen seien, müsse er fragen, wo die französischen Sozialisten bei der Festsetzung der Waffenstillstandsbedingungen geblieben seien, die härter seien als der härteste Friedensvertrag, der jemals einem Volke aufgezwungen sei. Das deutsche Volk wolle einen Rechtsfrieden und erwarte die Durchführung dieses Rechtsfriedens von der Macht des Proletariats. Die deutschen Mehrheitssozialisten sehnten sich nach der Zusammenarbeit mit ihren Freunden in den Ententeländern. Die Ententegenossen müßten der deutschen Demokratie helfen, daß sie in ihrem Lande weiter wirken könnte für den Sozialismus im Geiste der Menschlichkeit und Brüderlichkeit.

Bern, 3. Februar. (Dr.) Auf dem internationalen Sozialistenkongresse stimmte im Auftrage der französischen Minderheit **Thomas** dem schwedischen Delegierten **Branting** zu, daß die Berner Konferenz eine Manifestation für die Internationale sein müsse. Thomas hielt jedoch eine gemeinsame Aktion nicht für möglich, solange nicht das Schuldmoment geklärt sei. Er will die Schuldfrage folgendermaßen gestellt wissen: Wer hat auf Seiten der Landesverteidigung gestanden und wer auf Seiten des Verbrechens? Thomas wünscht zuerst die Frage beantwortet zu haben, ob die deutschen Mehrheitssozialisten die 14 Punkte Wilsons unter dem Druck der Waffen oder aus Ueberzeugung angenommen hätten.

Die Lage in Portugal.

London, 3. Februar. (Drahtnachricht). Reuter meldet aus **Oporto**: Die Royalisten stellen die Berichte aus **Lissabon**, denen zufolge sie dort eine Niederlage erlitten haben sollen, offiziell in Abrede. In **Oporto** ist das Leben wieder normal. Die Preise der Lebensmittel sind auf die Hälfte herabgesetzt. Die Soldaten und bürgerlichen Beamten werden ordnungsgemäß bezahlt. Der Vormarsch der Royalisten nach Süden wird durch strömende Regengüsse behindert. Sie sind aber trotzdem schon auf **Baera** vorgerückt.

Danksagung.

Für die vielen Beweise liebevoller Teilnahme bei der Beerdigung meines teuren, unvergeßlichen Mannes, die reichen Kranzspenden verbunden mit Worten des Trostes, ganz besonders Herrn Pfarrer Jacobi für die erbauende Grabrede sowie den Herren Sängern des Männergesangvereins „Liederkranz“ für die dem Entschlafenen gewidmeten erhebenden Gesänge, spreche ich hiermit namens der Hinterbliebenen den

tiefgefühltesten Dank

aus. **Anna Kessler.**

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes und Vaters, insbesondere Herrn Divisionspfarrer von Jaminet für die trostreichen Worte am Sarge des Entschlafenen spreche ich meinen

herzlichsten Dank

aus. **Frau Selma Reinhold.**

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Ziegeleibesitzers **Louis Brams** in Zlotterie ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf

den 22 Februar 1919,

vormittags 10 Uhr, vor dem Amtsgerichte hier, Zimmer 22, anberaumt.

Thorn, den 30. Januar 1919.

Das Amtsgericht

Branntweinmarken-Ausgabe.

Verteilungsamt II, Brückenstraße 13.

Mittwoch, den 5. Februar, in der Zeit von 12 bis 2 Uhr.

Es sind bezugsberechtigt: Nur Inhaber der gelben Bezugsausweise von Nr. 600—1150 und Inhaber der weißen Bezugsausweise von Nr. 600—670.

Außerdem werden zwischen 2 und 3 Uhr noch 180 Stück Spiritusmarken an alte und kranke Personen aufgrund der alten Bezugsausweise ausgegeben.

Bei der Verteilung dieser Marken werden nur diejenigen Personen berücksichtigt, welche am 15. und 22. Januar keine Marken erhalten haben.

Thorn, den 4. Februar 1919.

Der Magistrat.

Der Arbeiter- u. Soldatenrat.

Bekanntmachung.

Auf dem städtischen Holzplatz wird

Klobenholz

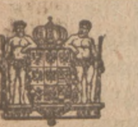
1. Klasse zu 35,— Mk., 2. Klasse zu 25,— Mk. pro rm ab Platz verkauft.

Stubben stehen zu 10,— Mark pro rm zum Verkauf.

Ferner sind **Nutzhölzer** (2 m lange Rundhölzer und Bohlen) sehr preiswert zu haben.

Thorn, den 3. Februar 1919.

Der Magistrat.



Preussische Klassen-Lotterie.

Die Lose zur 2. Klasse 239. Lotterie sind bei Verlust des Anrechts bis **zum 5. Februar, abends 6 Uhr,** zu erneuern

1/1	1/2	1/4	1/8	Lose
zu 80.	40.	20.	10	Mark

sind zu haben.

Dombrowski, Lotterie-Einnehmer, Thorn, Katharinenstraße 1, Fernsprecher 842.

Zahn-Atelier E. Hoernecke,

Neustädtischer Markt 11
Sprechstunden 9—1 u. 2—6 Uhr, Sonntags 9—12 Uhr.

Damen-Frisier-Salon Karl Gehrtz, Schillerstrasse 2

Kopfwaschen mit Teerseife
Ondulieren — Frisieren
Anfertigung aller Haararbeiten.

---

4 Schneider,

tüchtige Großstückarbeiter, finden auf Höchststücklohn dauernde Arbeit bei F. Unrau, Schneidermeister, Thorn-Mocker, Lindenstr. 46.

Lehrling

für mein Lebensmittel-, Wein- und Spirituosen-Geschäft suche zum 1. April.

Carl Seidel, Friedrichstr. 14.

---

1 Wächter

(auch Kriegsbeschädigten) und

Arbeiter

stellen ein

Laengner & Illgner

Thorn-Mocker.

Eisarbeiter

stellt noch ein Thorner Brauhaus.

Wirtschafterin für frauenlosen Haushalt vom 15. 2. 19. gesucht. Angebote unter L. 247 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Köchin,

die auch Hausarbeit übernimmt, per sofort gesucht.

Neustädt. Markt 4, 1.

Junger Kaufmann, 19 Jahre, sucht

passende Beschäftigung.

Angebote unter D. 30 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Gebildetes Fräulein, achtbarer Familie, sucht bei einem alleinstehenden, alten Forstherrn

Aufnahme als Hausleiterin.

Angebote unter S. A. 216 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

---

1 neues schw. Cheviotkostüm

Jacke auf Seide, 1 eleg. weiß. neues Seidenkleid, 1 Damen-Winterjacke u. verschied. andere Damengarderoben billig zu verk. **Altst. Markt 5 I**

Ein fast neuer

Zylinderhut

Größe 54, billig zu verkaufen. Zu erfragen **Breitestr 32 III. links.**

Ein Wandbehang

blau gestickt (Handarbeit) ist billig zu verkaufen Gerstenstr 14, 2 Tr r

---

Mehrere gutergaltene

Arbeitsgeschirre

für schwere Pferde zu verkaufen.

Mellienstraße 1/2, 4.

Starkes Stammholz

in der Nähe von Podgorz gelegen, bietet an

Paul Meyer, Thorn,

Brombergerstraße 82.

Freiwillige.

Für den

Grenzschutz von Thorn

sucht das Infanterie-Regiment 21

Freiwillige aller Dienstgrade und Truppengattungen.

Infanteristen, Artilleristen, Kavalleristen, Pioniere, Nachrichtentruppen und Train können sich melden:

Neue Inf.-Kaserne Rudak, Zimmer 16.

Bedingung.

Gute Disziplin und vaterländische Gesinnung.
Verpflichtung auf volle Monate.
Mobiles Gehalt für alle Dienstgrade (Mannschaften monatlich 30 M). Außerdem 5 M. den Tag. Gute Verpflegung.
Familienunterstützung. Die freiwillige Dienstzeit rechnet für Invaliden- und Altersversicherung wie Dienst im aktiven Heer.
Ausweise und Entlassungspapiere sind mitzubringen.

Infanterie-Regiment von Borcke (4. Pomm) Nr. 21

Thorn-Rudak.

Für eine Zuckerfabrik verbunden mit Samenzüchtereien im Bezirk Magdeburg suchen wir eine große Anzahl von

Arbeitern, Arbeitsburschen, Frauen oder Mädchen.

Für gute Unterbringung und Verpflegung ist gesorgt. Nähere Bedingungen, sowie Abbildungen der Arbeitsstätten, Unterkunftsräume, liegen bei uns zur Ansicht aus.

Wir machen ganz besonders auf die lohnende Beschäftigung aufmerksam und bitten, daß sich Bewerber an folgenden Tagen und zu den angegebenen Zeiten melden:

3. 2. 19 von 8—12 Uhr vormittags.
4. 2. 19 „ 8—12 „ „
5. 2. 19 „ 8—12 „ „

Paritätisch-städtischer Arbeitsnachweis

Rathaus, Zimmer Nr. 28.

Gesucht wird

weibl. Hauspersonal.

Paritätisch-städtisch. Arbeitnachweis

Rathaus, Zimmer 28

Fernsprech-Nr. 621—624.

Die Abfertigung des Publikums

findet von heute ab in der Zeit

von 8 Uhr morgens bis 1 Uhr nachmitt.

statt.

Paritāt.-städtisch. Arbeitnachweis, Rathaus, Zimmer 28.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit heutigem Tage eröffnen wir Schillerstrasse 2 *einen*

Spezial-Damen-Frisier-Salon

und bitten die hochverehrten Damen um gütigen Zuspruch.

Karl Gehrtz u. Frau.

Aus dem Felde zurück, nehme meine Kurse für

Tanz- und Anstandslehre wieder auf.

Neueste Tänze.

Beginn am 11. Februar im Hotel „Drei Kronen. Anmeldungen daselbst und in der Buchhandlung von C. F. Steinert erbeten.

Hans Held, Lehrer der Tanzkunst.

Flechten, Wunden, offene Füsse, Krampfaderleiden heilt sogar in verzweifelten Fällen mit oft überraschendem Erfolg die **hautbildende** schmerz- und juckreizstillende „**Vater Philipp Salbe**“ Pr. is 1,80 und 3,50 M.; erhältlich in Apotheken. Man hüte sich vor Nachahmungen und bestelle, wo nicht erhältlich, direkt bei **Tutogen-Laboratorium, Szittkehmen-Rominten 100.**

Am Mittwoch, d. 5. Februar 1919

um 7 Uhr abends

findet im großen Saal des **Schützenhauses, Schloßstraße**

Mitglieder-Versammlung der sozialdemokratischen Partei

statt.

Tagesordnung:

1. Abrechnung für das Jahr 1918.
2. Die Wahl des Vorstandes.
3. Ausbau der Organisation.
4. Die Kommunalwahlen.

Parteigenossen und -Genossinnen! Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist dringend erforderlich.

Die Mitglieds-Karten sind mitzubringen! Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Reichskrone.

Abends ab 6 Uhr:

Tanzkränzchen

Saal im Hof! Der Wirt.

Tivoli.

Mittwoch, den 5. Februar 1919

Familienkränzchen.

Anfang 6 Uhr. Anfang 6 Uhr.

Konzerthaus

früher „Dreimäderlhaus.“
Coppernikusstraße 26.

Täglich
das hochinteressante, vollkommen neue

Großstadtkünstler programm

Sonja von Tarnowska, moderne Vortragskünstlerin.
Johanna von Linden, die brillante Konzertsängerin
Dorit Rousell, die schicke Soubrette.
Carella, der moderne Fangkünstler.
Otto Neumann, der kunstsinnige Papiermanipulator
Erich Günther, der urkomische Komiker.
Auf allgemeines Verlangen nochmals reengagiert:
Erich Köster, das Wunder der Telepathie.
Infolge Krankheit tritt erst in den nächsten Tagen auf
Professor Weiss?

Anfang 6 Uhr! Anfang 6 Uhr!
Vorzügl. Weine, gutgepfl. Biere.

Stadt-Theater

Mittwoch, 5. Februar, 7 Uhr: Abonnementsvorstellung! Zum 3. Male!
„Das Dreimäderlhaus.“
Donnerstag, 6. Februar, 7 Uhr: Außer Abonnement! Zum 1. Male Operettenneuheit!
„Hannerl.“
(„Das Dreimäderlhaus,“ 2. Teil.)
Freitag, 7. Februar, 7 Uhr: Abonnem.-Vorst.! Zum 2. Male!
„Hannerl.“
Sonnabend, 8. Febr., nachm. 3 Uhr: Heiterer Nachmittag für Klein und Groß!
Ermäßigte Preise! Zum 1. Male
„Max und Moritz.“
6 Bubenstreiche nach Wilhelm Busch.
Abends 7 Uhr! Ermäßigte Preise! Literarisch Abend! Zum letzten Male!
„Der Strom“.

Soldatenheim Thorn e. V.

Mitglieder-Versammlung

Freitag, den 7. 2., nachm. 5 Uhr, im Soldatenheim.

Tagesordnung:
1. Fortführung des Heims.
2. Verschiedenes.

Der Vorstand.

Markenfreien **Sauerkohl**

eigenes Fabrikat, Pfund 30 Pfennig, empfiehlt

A. Wichert, Bergstr. 43

Ein altes **Piano** und ein alter **Kinder-Schreibpult** sind zu verkaufen Baderstr. 20, 1.

---

1 Posten leere Kisten

und Weinflaschen zu verkaufen **Bachestraße 21.**

Brennholz

für Bäcker und Fleischer, in Kloben und zerkleinert, offeriert billigst

Spediteur Knappe.

Kräftiges mittelschweres

Pferd

nicht über 10 Jahre alt, sucht zu kaufen

„Union“

Grosshandlung landw. Maschinen u. Geräte
Mauerstraße 1.

Bettnässen

Befreiung sofort
Alter und Geschlecht angeben. Auskunft kostenlos durch **Merkur-Versand Gustav Zwerenz, München 532 W.,** Neureutherstr. 13.

„Mortol“

Läuse, Schwaben, Wanzen

hören auf zu tanzen.
Postnachnahme Mk 2.60.
Julius Lewissohn, Berlin N 24.

Mein

Geschäftsgrundstück

(Kolonialwaren, Schank- und Ausspannung) ca. 5 Morgen Garten und Ackerland, darunter mehrere Baustellen, krankheitshalber sofort zu verkaufen.

Rudolf Meyer, Podgorz.

Haus-Grundstück,

gut verzinslich, in Mocker zu verk. Zu erfragen Weihhofstraße 30.

Eine herrschaftliche

7-Zimmer-Wohnung

mit Gas, elektr. Licht, Mädchenstube und sämtlichem Zubehör, sowie Stallungen und Remise vom 1. April. Brombergerstraße 82 zu vermieten. Zu erfragen

Viktoria-Park.